

AUSSTELLUNG

Fritz Bauer. Der Staatsanwalt

Eine ganz besondere Ausstellung, die schon im Vorfeld auf großes Interesse stieß mit zahlreichen Besuchergruppenanmeldungen, war am 9. Dezember im Thüringer Landtag feierlich eröffnet worden. „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“ – eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt, in Kooperation mit dem Thüringer Justizministerium.

Das Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main ist eine interdisziplinär ausge-

Ausstellung im Landtag zeigt „NS-Verbrechen vor Gericht“

zenden Beitrag zur Aufklärung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland geleistet und war zugleich bedeutender Aufbauhelfer der demokratischen Rechtspflege.

Die Ausstellung dokumentiert anhand von 16 Themenstationen die Lebensgeschichte von Fritz Bauer, dem jüdischen Sozialdemokraten, den die Nazis für 13 Jahre ins Exil getrieben

tausch von Beweisdokumenten ehemaliger Nazis angeboten. Fritz Bauer gehörte zu den wenigen Generalstaatsanwälten, die das Angebot annahmen. Zweifelsohne verfolgte die DDR dabei eigene politische Zielvorgaben. Bauer war jedoch klar, dass die meist stichhaltigen Beweisdokumente auch den Druck auf eine juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik erhöhen würden. Die Ausstellung erkundet dieses selten beleuchtete Kapitel des Kalten Kriegs.

Ein Kapitel ganz eigener Art war jedoch die Rede von Landtagspräsident Christian Carius (CDU) zur Ausstellungseröffnung. Offensichtlich hat er nicht nur Probleme, sich in der neuen politischen Landschaft des Freistaats zurechtzufinden. Diesen Eindruck hinterließen jedenfalls einige seiner teilweise launigen, an dieser Stelle allerdings wenig passenden Begrüßungsworte mit pseudoaktuellen Unrechtsstaats-Vergleichen. Und dass er es versäumte, unter den Ehrengästen ausgerechnet den noch dazu in seinem Blickfeld sitzenden Prof. Dr. Reinhard Schramm zu erwähnen, ist mehr als nur peinlich, gehört doch noch dazu die Jüdische Landesgemeinde, deren Vorsitzender Reinhard Schramm ist, neben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Sparkassen-Kulturstiftung und der Sparkasse Mittelthüringen, zu den Unterstützern der Ausstellung-Präsentation in Erfurt. A. R.

Die Ausstellung im Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, wird bis 1. Februar gezeigt und ist Montag bis Freitag (außer an Plenartagen) von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Am Wochenende nach Vereinbarung (Telefon: 0361 37700).



richtete, unabhängige Forschungs-, Dokumentations- und Bildungseinrichtung zur Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart.

Fritz Bauer (1903 bis 1968) hat als hessischer Generalstaatsanwalt, der den Frankfurter Auschwitzprozess auf den Weg brachte, bundesrepublikanische Geschichte geschrieben. Er hat als einer der wenigen unbelasteten Juristen und gegen enorme Widerstände einen nicht hoch genug zu schät-

hatten, im Spiegel der historischen Ereignisse. Besonders interessant auch jene Station unter der Überschrift „Kalter Krieg“.

Ein selten beleuchtetes Kapitel des Kalten Kriegs

In einem Flyer zur Ausstellung heißt es dazu: „Immer wieder hatte die Generalstaatsanwaltschaft der DDR sowohl der Bundesregierung als auch den Generalstaatsanwälten der Bundesländer die Einsicht und den Aus-



1957: Fritz Bauer erhält durch den ehemaligen KZ-Häftling Lothar Herrmann Hlnweise auf den Aufenthaltsort Adolf Eichmanns in Argentinien und leitet diese an die israelischen Behörden weiter. Ein Vorgehen, in das er nur den hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn einweiht. Erst nach seinem Tod wurde Fritz Bauers Beteiligung an der Ergreifung Eichmanns öffentlich bekannt. 1961: Prozess gegen Eichmann in Jerusalem, erstmals kommt der Massenmord an den europäischen Juden ausführlich zur Sprache.

1963 bis 1965: Erster Auschwitz-Prozess vor dem Landgericht Frankfurt am Main gegen 22 Angeklagte. Der Prozess stellt am Ende das Geschehen des organisierten Massenmords unleugbar fest.



Zum Rahmenprogramm der Ausstellung gehören eine Reihe von Vorträgen. So wird am 27. Januar, Tag des Gedenkens an die NS-Opfer, Werner Renz vom Fritz Bauer Institut sprechen zu „Bauers Vorstellungen zu Sinn und Zweck von NS-Prozessen am Beispiel der Frankfurter Auschwitz-Prozesse: Kann mit Hilfe der Strafjustiz politische Aufklärung geleistet werden?“. Bereits am 15. Januar gibt es den Vortrag von Hartmut Reibold, Generalstaatsanwalt a.D., über Fritz Bauer als „Prophet der deutschen Nachkriegsstaatsanwaltschaft“ (beide Vorträge 17 Uhr, Raum F 056 im Landtag). Prof. Dietmar Herz hält am 30. Januar (18 Uhr) einen Vortrag mit dem Thema: „Rosen für den Staatsanwalt – Die Shoa, die Deutschen und Fritz Bauer“.

KURZ UND PRÄGNANT

Behindertenrecht

„Mit den Vereinbarungen im Thüringer Koalitionsvertrag von LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung inklusive Gesellschaft“, hatte MdL Karola Stange anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember erklärt und betont, dass es dringend notwendig sei, das Behindertengleichstellungsgesetz zu novellieren und den Thüringer Maßnahmeplan zur Umsetzung der Konvention zu evaluieren. Zentraler Ansprechpartner in Thüringen ist das Außerparlamentarische Bündnis als breiter Zusammenschluss von Behindertenverbänden und Selbsthilfeinitiativen. „Das Bündnis engagiert sich seit 15 Jahren für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien“, wertschätzt Karola Stange dessen Arbeit. Abschließend unterstrich die LINKE-Politikerin, „dass wir mit einer rot-rot-grünen Landesregierung und einer frühzeitigen Einbeziehung der Bündnispartner eine bessere Teilhabe der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben realisieren werden“.

Überprüfungsanträge

Das Bundessozialgericht hat geurteilt, dass für volljährige Behinderte in WG's und im Elternhaus ein Regelbedarf von 391 Euro zu zahlen ist. Ich halte es für außerordentlich problematisch, dass die Kommunen derzeit nicht von selbst dieses Urteil umsetzen. Zum Jahresende läuft die Frist zur Stellung eines Überprüfungsantrages für Ansprüche aus dem Jahr 2013 ab, Betroffene könnten 12 mal 78 Euro, also 936 Euro neben Zinsen, verlieren. Die LINKE in Bonn hat per Stadtratsbeschluss erreicht, dass ein Überprüfungsantrag von Amts wegen den Betroffenen zu übersenden ist, ein nachahmenswertes Beispiel. Ich bitte die Kommunalvertreter der LINKEN in den Kreisen und kreisfreien Städten, das Thema aufzugreifen und dafür zu sorgen, dass die Behinderten in verständlicher Sprache über die Sachlage informiert werden und einen Überprüfungsantrag stellen. Das Beste ist, es wird gleich ein Musterantrag beigelegt, der unterschrieben an das Jobcenter zurückgeschickt werden kann. Nur so können die Rechte der Betroffenen gewahrt und drohende Verjährung am Jahresende ausgeschlossen werden. Weitere Infos unter: <http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/tickerarchiv/d/n/1693/>

MdL Ina Leukefeld